



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Asylgesetz: Grünliberale sagen JA zur humanitären Tradition der Schweiz
Für Rückfragen	Martin Bäumlé, Nationalrat und Parteipräsident, +41 79 358 14 85 Tiana Moser, Nationalrätin und Fraktionspräsidentin, +41 76 388 66 81
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	13. Juni 2012

JA zur humanitären Tradition, Nein zum Missbrauch – zum Wohle echter Flüchtlinge

Grünliberale respektieren die humanitäre Tradition der Schweiz und wollen diese hoch halten. Um die begrenzten Ressourcen und Raum den Personen zur Verfügung zu stellen, die an Leib und Leben bedroht sind, bedarf es dringende Verbesserungen bei der Umsetzung der Asylgesetzgebung. Es ist aber eine Tatsache, dass 80% der Gesuchstellenden keine Chance auf Asyl haben, sondern aus wirtschaftlichen Gründen den Asylantrag stellen. Ein klarer Erfolg ist den Grünliberalen mit ihrem Kompromissantrag zur Erhaltung des Familienasyls gelungen. Die Grünliberalen stimmen nicht in die allgemeine aufgeheizte Stimmung gegen Ausländer und Asylanten mit, sondern wollen auch in diesem Dossier sachlich und pragmatisch nach Lösungen suchen. Zum Wohl der Personen, die zu Recht in der Schweiz um Asyl anfragen.

Das Wohlstandsgefälle zwischen der Schweiz und anderen Staaten ist enorm. Die geografische Situation, der gute Ruf als humanitäres Land fördern die Attraktivität der Schweiz sowohl bei echten Flüchtlingen als auch bei Personen, die lediglich ihr wirtschaftliches Glück suchen. Aber auch der Unwille Italiens, das Dublin-Abkommen korrekt umzusetzen, ist eine Ursache für die hohe Anzahl Asylgesuche in der Schweiz.

Andererseits blockieren heute die zu vielen und unberechtigt eingereichten Asylgesuche sowie auch die zu langen Verfahrensdauer die zur Verfügung stehenden Ressourcen. Umso länger Personen in der Schweiz verbleiben, umso schwieriger wird ihre Rückführung nach der Ablehnung eines Asylgesuches. Aber auch einige Fälle von straffälligen Asylsuchenden lassen die Akzeptanz der Flüchtlinge in der Bevölkerung sinken.

Für die Grünliberalen ist klar, dass wenn die Schweiz die Ursachen bekämpfen will, ist die Konzentration auf die Hilfe vor Ort der zentrale Ansatz. In Not geratene Personen müssen so nicht in die Schweiz reisen, sondern die Hilfe kann vor Ort und möglichst nah dem ursprünglichen Kulturkreis geleistet werden. In diesem Zusammenhang steht auch die Entwicklungshilfe, die, wird sie effizient eingesetzt, einenwichtigen Unterstützung zur Reduzierung des Migrationsdruckes leisten bieten kann.

Im Asylbereich auf der anderen Seite, sind die Grünliberalen davon überzeugt, dass eine Reduktion der Attraktivität für Wirtschaftsflüchtlinge und eine Beschleunigung der Prozesse in erster Linie den echten Flüchtlingen zu Gute kommen wird. Denn heute hat die Schweiz kaum Raum, um Kontingentsflüchtlinge (wie beispielsweise früher einmal Tibeter) aufzunehmen. Echte Schutzbedürftige müssen heute bedauerlicherweise hintanstehen.

In der Debatte im Nationalrat haben die Grünliberalen folgende Positionen getragen:

- **Engere Fassung des Flüchtlingsbegriff:** Die glp Fraktion hat sich dafür ausgesprochen, dass Dienstverweigerung kein Asylgrund mehr sein darf. Auch der Mehrheit die sich für die dringliche Umsetzung dieses Punktes ausgesprochen hat, sind die Grünliberalen gefolgt. Ebenfalls hat die Fraktion mitgeholfen, nachträglich Fluchtgründe einzuschränken.
- **Gesuchstellung auf Botschaften:** Die Grünliberalen haben sich einstimmig dafür ausgesprochen, Botschaftsgesuche nicht mehr zuzulassen. Mit dieser neuen Regelung passt die Schweiz sich dem

benachbarten Ausland an und vermindert die Attraktivität als Asyldestination. Die heutige Situation ist für die Schweiz schlicht nicht mehr bewältigbar.

- **Feststellung medizinischer Sachverhalt:** Hier haben die Grünliberalen die Position des Bundesrates und Ständerates gestützt, welche beide vermindern wollen, dass Verfahren nicht mit später gemeldeten gesundheitlichen Problemen verzögert werden können.
- **Unterkünfte ohne Bewilligung:** Die Grünliberalen unterstützen die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen Unterkünfte ohne Bewilligung für maximal ein Jahr einrichten zu können, um Asylbewerber zentral unterzubringen. Hier wird es jedoch noch Lösungen brauchen, um auch Reserven bereit zu halten, welche längerfristig genutzt werden können. Die Grünliberalen unterstützen auch die Dringlichkeit dieser Massnahme.
- **Schaffung besonderer Zentren:** Die Grünliberalen unterstützen die Möglichkeit für die Schaffung besonderer Zentren, in welchen Asylbewerber untergebracht werden können, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährden und tragen die Dringlichkeit dieser Massnahme mit – hingegen lehnt die glp eine Internierung als zu weitgehend ab.
- **Familienasyl:** Die Grünliberalen haben mit ihrem Kompromissantrag das Familienasyl gerettet und damit klar einen humanitären Schwerpunkt gesetzt. Der Einzelantrag bezweckt, dass den engsten Familienangehörigen ein Nachzug möglich gemacht wird, verzichtet aber auf die Ausdehnung auf die gesamte Verwandtschaft wie es das Gesetz heute vorsieht.
- **Sozialhilfe vs. Nothilfe:** Dieser sehr umstrittene Antrag, allen Asylsuchenden im Verfahren Nothilfe anstatt Sozialhilfe zukommen zu lassen, haben die Grünliberalen unterstützt. Die Grünliberalen wollen mit diesem Antrag gerade auch die heute unbestrittene Attraktivität der Schweiz für Wirtschaftsflüchtlinge senken. Es ist aber unbestritten, dass nicht alle Asylsuchenden gleich behandelt werden dürfen, dies gilt besonders für verletzte Personen wie Familien mit Kindern. Die Grünliberalen anerkennen hier, dass eine umsichtige Umsetzung dieser Forderung notwendig sein wird.
- **Fristen Wiedererwägung:** Die Grünliberalen haben die Mehrheit unterstützt, die die Frist für Wiedererwägungsgesuche von 90 auf 30 Tage verkürzen will. Auch damit sollen die Asylverfahren verkürzt werden.

Festzuhalten ist, dass mit der Vorlage die Hauptprobleme, nämlich der schleppende Vollzug und die zu langen Verfahrensdauern mit enorm vielen Rekurs- und Wiedererwägungsmöglichkeiten nur in minimaler Weise gelöst werden. Eine zweite Vorlage wird der Bundesrat nachreichen. Viele der heute beschlossenen Gesetze sind entweder Reaktionen auf neue Entwicklungen (Dienstverweigerung), Umsetzungen von Erfahrungen (kein Botschaftsgesuche mehr) oder Versuche von Lösungen, die meist unberechtigten und letztlich chancenlosen Asylgesuche weniger attraktiv zu machen (Nothilfe statt Sozialhilfe).

„Wir Grünliberale wollen Farbe bekennen. Ja zu humanitären Tradition. Nein zum Missbrauch im Asylwesen. Die Triage zwischen echten und unechten Flüchtlingen wird zunehmend zur Herausforderung“, meint Parteipräsident Martin Bäumle.